



Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

31. Januar 2024

Anja Piel

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Statement zur Jahrespressekonferenz 2024

Berlin, 31. Januar 2024

Wir erleben viel Verunsicherung und Spaltung unserer Gesellschaft. Aber die AfD sollte sich an ihren hohem Umfragewerten in manchen Ländern und Regionen nicht zu sehr berauschen – denn die Demokratinnen und Demokraten stehen jetzt landauf landab zu Tausenden auf der Straße. Sie zeigen: Wir sind mehr. Das macht uns allen nicht nur Gänsehaut, sondern auch Mut.

Diese Demonstrationen nähren unsere Zuversicht: Zusammenhalt, Demokratie, Respekt voreinander sind das, was viele Menschen in diesem Land ganz offensichtlich bewahren wollen und gemeinsam bewahren werden. Dafür stehen auch die steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften: Immer mehr Menschen glauben daran, dass es sich lohnt, sich zusammenzutun, dass die Lösung im Miteinander liegt und nicht in Hass und Spaltung. Uns Gewerkschaften sind die Demonstrationen auch ein Auftrag. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben an den Werkbänken und Schreibtischen, an den Küchentischen zu Hause und auf der Straße. Unsere Superpower ist, dass wir die Menschen in den Betrieben erreichen. Mit den Betriebsräten machen wir Demokratie als Mitbestimmung vor Ort.

Für die Demokratie einsetzen kann sich aber nur, wer seine Miete und seine Rechnungen bezahlen kann. Ein Dach über dem Kopf für sich und die Familie, Bildung, eine sichere und gute Arbeit mit Tariflohn und eine Rente über der Armutsgrenze sind aber längst nicht für alle Menschen eine Selbstverständlichkeit. Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre bereiten vielen Sorgen. Darauf muss eine stabile Demokratie Antworten geben, konkrete Lösungen finden für die Ängste und Sorgen der Menschen. Eine stabile Demokratie braucht einen verlässlichen Sozialstaat.

Bei aller Kritik: Die Ampel hat für die Menschen im Land auch etwas geleistet. Sie hat viele vor den schlimmsten Folgen der Energiekrise geschützt; mit dem Kurzarbeitergeld Massenarbeitslosigkeit verhindert; Verbesserungen bei Kinderzuschlägen, bei Erwerbsminderung, beim Wohngeld und bei den Pflegekostenzuschlägen erzielt. Bis zum Ende der Legislatur muss sie aber noch Versprechen einlösen.

Menschen müssen sich auf politische Entscheidungen verlassen können. Zusagen dürfen nicht nach Kasenlage einfach zurückgenommen werden.

Darauf haben wir Gewerkschaften auch bei den Zuschüssen an die Bundesagentur für Arbeit erfolgreich bestanden. Die Bundesagentur hat diese Zuschüsse in der Corona-Krise für den Erhalt von Arbeitsplätzen erhalten und das Geld gut ausgegeben. Es war letztlich klug, dass die Ampel das Geld doch nicht zurückgefordert hat. Wir brauchen eine starke Arbeitslosenversicherung, auf die die Beitragszahler*innen sich verlassen können, wenn es darauf ankommt. Dazu muss die Bundesagentur für Arbeit finanziell, strukturell und personell gut aufgestellt sein.

Die Debatten um Kinderfreibetrag und Kindergeld fallen in eine ähnliche Kategorie: Sie sind ärgerlich, denn nach wie vor liegt die Kindergrundsicherung als Vorschlag für eine echte Armutsbekämpfung auf dem Tisch. Dieses Projekt kann man aber nur dann als gelungen bezeichnen, wenn es den Familien wirklich hilft und allen Kindern gleiche Startchancen ermöglicht. Wichtig ist auch, dass Eltern sich nicht die Hacken wundlaufen müssen, um die Leistung zu bekommen. Außerdem muss die Kindergrundsicherung ins System passen und praxistauglich sein – das heißt, die Verwaltung muss sie auch umsetzen können.

Auch beim Rentenpaket II muss die Ampel noch liefern: Sie muss für mehr Sicherheit im Alter sorgen – und zwar auch für die, die jetzt jung sind. Das Rentenniveau muss rauf und dauerhaft bei mindestens 48 Prozent liegen. Wenn die Ampel bei ihren Plänen für ein Generationenkapital bleibt, dann gilt: Kosten und Risiken des Generationenkapitals trägt der Staat. Verluste bei solchen Finanzgeschäften am Kapitalmarkt dürfen unter keinen Umständen zu Verlusten bei den Renten führen. Weiter gilt: Hände weg vom Rentenalter. Ein höheres Rentenalter ist eine Rentenkürzung für die Jüngeren und für die Ärmeren. In Deutschland wird die Rente vor allem mit guter, tariflich bezahlter Arbeit gesichert – das muss für mehr Beschäftigte möglich werden. Wir sagen: lieber 80 Prozent Tarifbindung als bis 80 arbeiten.

Neben der Ampel müssen auch die übrigen DemokratInnen in die Verantwortung. Wir erleben gerade eine aufgeladene Stimmung in diesem Land. Teile der Konservativen heizten diese Stimmung in diesem Winter mit spalterischen und unsozialen Debatten weiter an. Sie richteten sich vor allem gegen Bürgergeldempfänger*innen und Menschen, die vor Krieg und Elend geflohen sind. Mancher hat diese Diskurse auch noch mit üblen Ressentiments gegen Migrant*innen angereichert. Auch solche Debatten schaffen Verunsicherung. Teil einer guten Antwort darauf ist ein finanziell handlungsfähiger Staat – und eine Mäßigung in der politischen Debatte. Einer neuen Rechten gräbt man das Wasser ganz sicher nicht ab, indem man in ihre hässlichen Lieder einstimmt. Wir brauchen jetzt den gemeinsamen Willen der Demokrat*innen, von Politiker*innen der Mitte, solche Debatten nicht in dieser Schieflage weiterzuführen. Einigkeit und Verlässlichkeit zahlen ein in das Vertrauen in unsere Demokratie.